

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Hauptausschusses der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 15. März 2018

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Bachmann-Ade Claassen Cyperrek Glattacker (als Vertretung Heuer) Höfler Krämer Kurfeß Lusche (bis 18.35 Uhr) Martin Pichlhöfer Roßkopf Salinas de Huber Schlecht Simon Wiesiollek (als Vertretung Salach)
Entschuldigt:	Herzog, Heuer, Salach
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić Fachbereichsleiter Bauer (bis 18.45 Uhr) Fachbereichsleiter Heuckeroth Fachbereichsleiter Kleinmagd Frau Dahms (bis 18.40 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Bachmann-Ade und Stadtrat Pichlhöfer
Schriftführung:	Frau Heinze
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	19.00 Uhr

TOP 1

Park & Ride entlang der S-Bahn-Strecke „Zell im Wiesental-Basel“ auf Lörracher Stadtgebiet

Vorlage: 260/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und führt in das Thema ein.

Frau Dahms veranschaulicht die Überlegungen und das Vorgehen für die Schaffung von Park+Ride-Plätzen entlang der S-Bahn-Strecke „Zell im Wiesental-Basel“ auf dem Lörracher Stadtgebiet (Anlage 1).

Vor dem Einstieg in die Beratung erteilt der Vorsitzende Herrn Knakrügge aus der Zuhörerschaft das Wort. Dieser spricht die Beauftragung eines externen Büros für die Mobilitätsplanung und die Kombination miteinander an. Zudem fragt er, wann die Projektkommission Integrierte Verkehrskonzeption (IVK) wieder tagen wird.

Der Vorsitzende verweist auf einen Beschluss über die IVK. In Sachen Bürgerbeteiligung sei ein Begleitgremium für die Mobilitätsplanung vorgesehen.

Stadtrat Lusche hält das Ansinnen für eine große Aufgabe. Dem Prüfauftrag könne man sich nicht verweigern. Es gelte die Pendler in die Stadt abzufangen. Ein Mobilitätsmix sei anzustreben, aber eine ÖPNV-Nutzung nicht für alle machbar.

Stadtrat Schlecht bittet, auch das Abstellen von Fahrrädern und die Fläche an der Schwarzwaldstraße in die Prüfung einzubinden. Er spricht die Forderung nach einem Citytarif an und erklärt, dass die P+R-Plätze nicht kostenlos sein werden. Auch die unterschiedlichen Öffnungszeiten der Tiefgaragen in der Stadt gelte es zu beleuchten. Er sei gespannt auf die umfassende Prüfung.

Stadträtin Wiesiollek hält die Fläche an der Schwarzwaldstraße für ungünstig. Sie verweist auf die Möglichkeit eines Kombi-Tickets für P+R und den ÖPNV, wie es in Straßburg angeboten werde.

Stadtrat Claassen hält hingegen ein Parkhaus an der Schwarzwaldstraße für sinnvoll. Das Füssler-Areal sehe er als schnell verfügbar an und müsse angegangen werden. Für die Messezeiten müsse dann eine Lösung gefunden werden. Wenn die Stadt das Thema P+R forcieren wolle, müsse Geld in die Hand genommen werden.

Für Stadträtin Kurfeß seien zunächst die S-Bahn und der ÖPNV zu fördern und danach die autofahrenden Pendler zu unterstützen. Sie macht deutlich, dass die P+R-Parkplätze nicht umsonst sein können.

Stadtrat Pichlhöfer spricht den Widerspruch an, dass einerseits Straßen zugeparkt seien und andererseits Garagenplätze nicht genutzt würden. Er fordert, den Einzelhandel einzubeziehen, da dieser vom Einkaufstourismus profitiere.

In diesem Zusammenhang weist Stadtrat Simon darauf hin, dass der Haager Bahnhof, insbesondere der Bereich des Gleises 1, aktuell kein Aushängeschild sei.

Der Vorsitzende nimmt zu den Wortmeldungen Stellung und erklärt, dass die Fläche der DB an der Schwarzwaldstraße für ein Parkhaus nicht zur Verfügung stehe. Er bestätigt, dass das Füssler-Areal eine Option für P+R darstelle. Des Weiteren arbeite man an der ÖPNV-Förderung, aber der RVL habe bislang kein Entgegenkommen hierbei signalisiert. Gesamthaft gesehen müsse man das Eine tun, aber das Andere nicht lassen.

Hierauf fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wo sowie wie viele und zu welchen Konditionen an der Regio S-Bahn Park + Ride Parkplätze bzw. Pendlerparkplätze eingerichtet werden können.

TOP 2

Sachstandsbericht Projekt "Nördlich Engelplatz" Öffentliches Parkierungsangebot am Engelplatz Vorlage: 161/2017

Der Vorsitzende stellt das Anliegen des Tagesordnungspunktes vor.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić erläutert den Sachstand des Projekts einschließlich der Überlegungen für die Errichtung öffentlicher Stellplätze am Engelplatz (Anlage 2).

Alle Fraktionen halten das Vorhaben für sinnvoll.

Auf Nachfrage von Stadträtin Cyperrek teilen Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić und der Vorsitzende mit, dass für den neuen Standort der Postfiliale die baurechtlich erforderliche Stellplatzzahl nachgewiesen wurde. Man teile jedoch die grundsätzlichen Bedenken hinsichtlich des Standortes und werde an die Post appellieren, in das „Lö“ zurückzuziehen.

Stadträtin Wiesiollek merkt zu dem Vorhaben an, dass der Park-Such-Verkehr hierdurch nicht komplett abgefangen werden könne.

Stadträtin Kurfeß möchte wissen, ob ein Parkhaus am Engelplatz trotz des Wettbewerbes noch möglich sei.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić stellt dar, dass die Errichtung eines Parkhauses nun ausgeschlossen werde. Gutachterlich sei eine Richtgröße von 30 Stellplätzen ermittelt worden, welche vom Investor mitgetragen werde.

Hierauf fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Überprüfung der baulichen Machbarkeit von zusätzlichen 30 öffentlichen Stellplätzen in einer Tiefgarage im Wettbewerb zum Projekt „Nördlich Engelplatz“ wird befürwortet.
2. Die Ergebnisse des Wettbewerbs sind dem Gemeinderat vorzulegen, um an Hand der Ergebnisse über das weitere Verfahren zum Bau von öffentlichen Stellplätzen in der neuen Tiefgarage im Quartier „Nördlich Engelplatz“ zu debattieren und zu entscheiden.

TOP 3

IBA Projekt Am Zoll Lörrach Riehen - Projektplanung 1. und 2. Quartal 2018

Vorlage: 015/2018

Der Vorsitzende stellt das Anliegen des Tagesordnungspunktes vor.

Von Frau Dahms werden die geplanten Maßnahmen dargestellt (Anlage 3).

Stadtrat Lusche erkundigt sich nach dem städtischen Kostenanteil und, wie realistisch die Einrichtung des Bahnhaltdepot am Zoll aufgrund der Priorisierung des Klinik-Halts sei.

Stadtrat Schlecht und Stadträtin Kurfeß unterstützten die geplanten Aktivitäten.

Stadtrat Claassen möchte wissen, ob das IBA-Projekt gefährdet sei, wenn Teile hiervon nicht realisiert würden.

Der Vorsitzende geht auf die verschiedenen Projektförderungen ein.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić erläutert, dass man den Planungsperimeter bis zum Bahnhof Stetten ausgeweitet habe und aufgrund der Flexibilität des Förderprogramms eine Änderung der Rahmenbedingungen für das Projekt unschädlich sei. Sie spricht die aktuell beauftragte ZRL-Studie an. Den Schwerpunkt des Projekts im aktuellen Jahr sehe sie in der Kommunikation.

Sodann fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Hauptausschuss nimmt den Projektsachstand zur Kenntnis.
2. Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen zum Tag der Städtebauförderung durch ein Büro erarbeiten und durchführen zu lassen.
3. Außerdem genehmigt der Hauptausschuss die Ko-Finanzierung des landschaftsarchitektonischen Wettbewerbs in Kooperation mit dem Kanton Basel Stadt und der Gemeinde Riehen.

TOP 4

Errichtung der Anstalt ITEOS durch Beitritt der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und Vereinigung der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT am 01.07.2018

Vorlage: 029/2018

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und verweist auf die ausführliche Beschlussvorlage.

Auf Nachfrage von Stadtrat Schlecht teilt Fachbereichsleiter Bauer mit, dass aktuell die finanziellen Auswirkungen auf die Stadt nicht abgeschätzt werden könnten.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt dem Beitritt des Zweckverbands KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und der Vereinigung mit den Zweckverbänden KDRS und KIRU zum Gesamtzweckverband 4IT zu.
2. Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KIVBF die Organe des Zweckverbands zum Vollzug aller hierzu notwendigen Handlungen zu bevollmächtigen.

Zu den notwendigen Handlungen gehören (insbesondere):

- a. die Zustimmung zum Beitritt des Zweckverbands KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg durch Vereinbarung der Änderung der Satzung der Datenzentrale Baden-Württemberg
- b. die Zustimmung zum vorgesehenen Vermögensausgleich
- c. die Zustimmung zur Verschmelzung der Betriebsgesellschaften IIRU, KRBF und RZRS zu einer hundertprozentigen Tochter der aus der Datenzentrale Baden-Württemberg mit Beitritt der Zweckverbände hervorgehenden ITEOS (AÖR)
- d. die Zustimmung zum Fusionsvertrag der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Datenzentrale Baden-Württemberg
- e. die Zustimmung zur Vereinigung der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT

TOP 5

Bericht "Zukunft des Lörracher Jahrbuchs" - mündl. Bericht

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und begrüßt die anwesenden Vertreter des neuen Redaktionsteams.

Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler und Herr Bernnat erläutern das Konzept des neuen Lörracher Jahrbuches (Anlage 4).

Der Vorsitzende bedankt sich für die Vorstellung und die Arbeit aller Beteiligten.

TOP 6

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

keine

TOP 7

Allgemeine Anfragen

7.1

Herr Knakrügge meldet sich erneut zu Wort und erkundigt sich nach der Beteiligung sachkundiger Einwohner an den Ausschüssen und Kommissionen.

Der Vorsitzende geht hierauf ein. Er erklärt, dass man vom Modell der Kommissionen abkomme und nach anderen Formen der Bürgerbeteiligung suche. Die zudem angesprochenen Betriebsausschüsse decken sich mit der Besetzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales und tagten zusammen mit diesem.

TOP 8

Offenlegungen

Der Hauptausschuss nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 8.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Lörrach am 22. Februar 2018
- 8.2 Stellungnahme des FB Straßen/Verkehr/Sicherheit vom 15. März 2018 auf Anfrage von Stadträtin Cyperek hinsichtlich der Schließfächer in der Innenstadt

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:
gez. Lutz

Urkundspersonen:
(Unterschriften werden nachgeholt)

Schriftführung:
gez. Heinze